899

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Bezugspreis: bei neunmal erscheinender Kopfzeitungszeile 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., Reklamezeile (mind. an den kreispolitischen Teil ohne Vorspalte) 1,20 M. Anzeigenannahme: „Das Inserat", Alle Inseratenexpeditionen, Filiale Dresden, Güterbahnhofstr. 2, Tel. 27 650. Postscheck Dresden 25 815. Redaktion und Expedition: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, Tel. 17 200. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 M. (im voraus zahlbar), durch die Post 2 M. (zuzüglich Zustellgebühr). Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Zurückzahlung des Bezugspreises. Verantwortlich für Redaktion: Otto Bäbel, Dresden; Ausland: Alfred Henderich, Berlin; übriger Teil: Fritz Weidemann, Dresden; Inserate: Fritz Richter, Dresden; Druck u. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, Dresden, Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17200, Postscheck Dresden 25815

8. Jahrgang | Dresden, Freitag den 16. Dezember 1932 | Nummer 287

Schleichers Kriegserklärung an die KPD

Die Programmrede des Reichskanzlers im Rundfunk . Fortführung des Papen-Programms . Fortführung der Politik der Zollerhöhungen . Keine Durchführung der Reichstagsbeschlüsse für die Erwerbslosen

Schleicher droht ein Ausnahmegesetz gegen die Kommunistische Partei an!

Die gestrige Rundfunkrede des Reichskanzlers von Schleicher war eine unerhört scharfe Kriegserklärung an die Kommunistische Partei, an die gegen das kapitalistische System kämpfende Arbeiterschaft. Schleicher drohte wörtlich: „drakonische Ausnahmebestimmungen gegen die KPD" an. Gleichzeitig erklärte er, daß selbst die minimalen Beschlüsse des Reichstages über Winterhilfe für die Arbeiterklasse nicht durchgeführt werden. Schleicher versprach, wie sein Vorgänger — Arbeitsbeschaffung! Doch selbst die Vossische Zeitung, die absolut für die Regierung ist, muß schreiben: „Wie sie geschaffen werden soll, ist im einzelnen — trotz einstündiger Dauer des Vortrages — nicht dargelegt worden."

Nur wenn man weiß, daß der Reichskanzler von Schleicher entweder auf die Unterstützung der Naziführer und andererseits der ADGB-, SPD- und Reichsbannerführer rechnen kann, wird man die ganze Bedeutung der programmatischen Rede erfassen können. Schleicher begann seine Rede mit einem Lob an Papen. Dann erklärte er,

daß er sich nur darum entschlossen habe, Nachfolger Papens zu werden, weil er hoffe, daß die Verbindung des Reichskanzler- und Reichswehrministerpostens „den Ernst der Situation scharf kennzeichnet und auf gewisse Unruhestifter abkühlend wirke.".

Dann erstattete er seinen Dank an die Naziführer, die durch Duldung des Reichstages der Regierung Gelegenheit gaben, „ohne Hineinreden und die hinlänglich bekannten parlamentarischen Methoden das Programm durchzuführen".

Papens Programm — die Grundlage der Politik der Schleicher-Regierung

Darauf erklärte Schleicher, daß sein Programm aus nur einem Punkt bestehe: „Arbeit schaffen!"

Wie gesagt, machte er keine Andeutung darüber, wie er sich die Arbeit denkt. Er erklärte „von dieser Grundeinstellung aus habe die frühere Regierung ihr bekanntes Wirtschaftsprogramm aufgebaut. **Dieses Wirtschaftsprogramm hält auch die gegenwärtige Regierung in seinen wesentlichen Teilen für eine geeignete Grundlage zur Besserung der wirtschaftlichen Entwicklung".**

Das Papenprogramm, das schon bisher einen drakonischen Lohn- und Unterstützungsabbau brachte, soll also fortgeführt werden.

Auch kündigte Schleicher die Fortführung der Politik der Zollerhöhung an. Er hält es für unerläßlich, „dem Druck auf die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, insbesondere der Vieh- und Milchwirtschaft, möglichst schnell und wirksam entgegenzutreten." Wörtlich fuhr Schleicher fort: „Die Reichsregierung wird bei dem Aufbau dieses Schutzes, **die von der vorhergehenden Regierung eingeleiteten Maßnahmen fortlaufend auszubauen.** Sobald hier die handelspolitischen Schwierigkeiten fortfallen und wesentliche Erleichterungen eintreten, wird die Reichsregierung von ihrer Zollautonomie im Interesse der Landwirtschaft in dem erforderlichen Ausmaß Gebrauch machen. Außerdem wird sie übermäßiger Einfuhr einzelner Waren auf dem handelspolitischen Markt entgegenwirken."

Das ist deutlich! Heute schon können sich Millionen Werktätige nicht genügend zu essen kaufen, was auch der Ruin der Kleinbauern ist, **weil die Preise in Deutschland weit über den Weltmarktpreisen liegen.** Aber diese

Politik der Zollerhöhung wird fortgesetzt werden

Als Winterhilfe für die Arbeitslosen stellt Schleicher lediglich die Fortführung der Frischfleischverbilligung für Unterstützungsempfänger und Verbilligung der Hausbrandkohle in Aussicht. Ob es möglich sei, auch Milch und Brot für Arbeitslose zu verbilligen, hänge vom Ergebnis schwebender Verhandlungen ab.

In schärfsten Worten wendet sich Schleicher gegen die Reichstagsausschüsse, deren Winterhilfsbeschlüsse er als „nicht mehr verantwortungsbewußt" und als „papierne Beschlüsse" bezeichnet.

Dann kündigte Schleicher die Aufhebung einer Anzahl politischer Notverordnungsbestimmungen an, die Tausende von Antifaschisten und nur wenige Faschisten getroffen haben. Schleicher kündete die Aufhebung nur an, um

ein regelrechtes Ausnahmegesetz gegen die KPD in Aussicht zu stellen.

Er erklärte wörtlich:

„Den gewerbsmäßigen Unruhestiftern, ebenso wie einer gewissen aufsteigenden, die Atmosphäre vergiftenden Hetze darf ich in diesem Zusammenhang warnend zur Kenntnis bringen, daß eine solche Verordnung fertig im Schubkasten liegt und in der Tat in ihrer Lückenlosigkeit eine ausgezeichnete Arbeit darstellt. Ich möchte aber auch die staatsfeindliche kommunistische Bewegung nicht im Zweifel darüber lassen, daß die Reichsregierung auch vor drakonischen Ausnahmebestimmungen gegen die Kommunistische Partei nicht zurückschrecken wird, falls sie die Lockerung der Zügel zur vermehrten Verhetzung der Bevölkerung mißbrauchen sollte."

Diese alarmierende Kriegserklärung an die Kommunistische Partei zeigt den werktätigen Massen, welch große Verschärfung der faschistischen Diktatur die Schleicherregierung bedeutet.

Schleicher wird aber die Millionenmassen der Werktätigen veranlassen, alles in Bewegung zu setzen zur Verteidigung der Partei des werktätigen Volkes, der Partei aller kämpfenden Arbeiter gegen den Kapitalismus, der KPD.

Kein Stück Brot ohne Kampf!

Das Schleicherprogramm, das die Fortsetzung des Papenprogrammes ist, kann den Arbeitslosen **nicht Arbeitsmöglichkeit und Brot** schaffen, kann den Werktätigen keine Verbesserung ihrer Lage bringen. Dagegen wird der kapitalistische Niedergang nur das Massenelend verschärfen. Die arbeitenden Massen wissen, daß sie nur im Kampf gegen das kapitalistische System ihre Existenz verteidigen können, daß sie nichts ohne Kampf erreichen werden.

Die Einheitsfrontaktion gegen Hunger und Frost, gegen Lohn- und Unterstützungsraub, um Zurückeroberung des weggenommenen Lohn- und Unterstützungsanteiles, um die Winterhilfe für die Arbeitslosen und Rentenempfänger muß verstärkt fortgeführt werden.

Im Kugelregen der feindlichen Angriffe wird die Kommunistische Partei, die Führerin des kämpfenden werktätigen Volkes, unerschütterlich den Kurs auf Arbeit und Brot, den Kurs auf den Sozialismus halten.

Pflichtarbeiterinnen im Streik!

Solidaritätsaktion der IAH bereits im Gange

Dresden, 16. Dezember.

Heute früh legten die Pflichtarbeiterinnen in der Nähstube, Dresden, Landhausstraße, geschlossen die Arbeit nieder, weil ihnen zugemutet wurde, für stündlich 1 Pfennig zu arbeiten. Sie zogen geschlossen nach dem Rathaus zum Finanzdiktator Külz und dem Fürsorgedezernenten Sozialdemokraten Kirchhof. Die Delegation befindet sich noch dort. Die Arbeiterinnen sind gewillt, unter allen Umständen den Kampf gegen alle derartigen Maßnahmen zu führen.

Die IAH hat bereits eine Solidaritätsaktion eingeleitet. Heute Mittag werden die Arbeiterinnen bereits in Dresden-Neustadt gespeist.

Sozialrentner sollen verhungern!

Die Dresdner Sozialrentner bekommen ihre Hungerunterstützungen nicht ausgezahlt!

Dresden, 16. Dezember 1932

Unter denen, die in der gegenwärtigen kapitalistischen Krise die ungeheuerste Not leiden, sind gerade die Sozialrentner, die auf die Hungerpfennige der Alters- und Invalidenversicherung, der Witwen- und Waisenrenten usw. angewiesen sind, am schlimmsten daran. Am 15. jeden Monats warten sie hungernd und frierend auf ihre kärgliche Unterstützung.

Gestern erklärte Schleicher in seiner Rundfunkrede:

„Dem Zwang zur Einfachheit und Sparsamkeit wird sich auch die Sozialversicherung nicht entziehen."

Es scheint, daß diese Worte bereits in die Tat umgesetzt werden sollen. Gestern, am 15. Dezember, mußten in Dresden die Renten und Unterstützungen durch den Postboten zugestellt werden. **In keinem Dresdner Sozialrentner kam der Postbote. Auch heute, am 16. Dezember, ist das Geld noch nicht eingetroffen. Die hungernden und frierenden Sozialrentner, die seit Tagen keinen Pfennig und kein Stück Brot mehr im Hause haben, fragten zu Dutzenden auf der Post nach, wo man ihnen nur sagen konnte: „Es ist kein Geld da!" In ihrer Not wandten sich die Sozialrentner an den Internationalen Bund, Dresden, dessen Leiter sofort das Wohlfahrtsamt anrief, wo er von Dr. Brachmann die Auskunft erhielt:**

„Das Finanzamt hat keine Mittel zur Verfügung gestellt"

Dieser ungeheuerliche Skandal muß sofort auf den Widerstand der Arbeiterschaft stoßen. Sie muß verlangen, daß den Aermsten der Armen, den Sozialrentnern sofort ihre kärgliche Unterstützung ausgezahlt wird, und daß ihnen eine besondere Winterhilfe gewährt wird. Es ist genug Geld da. Geld gibt es bei den Reichen im Ueberfluß. Brot, Kartoffeln und Kohlen häufen sich zu Bergen, während das Volk hungert.

Schließt die kämpfende Einheitsfront gegen Hunger und Frost! Verlangt, daß der Ueberfluß unter die Hungernden und Frierenden verteilt wird und kämpft in außerparlamentarischer Massenaktion für die Sicherung eurer Existenz.

Erklärung des zum Tode verurteilten Antifaschisten Bartl

Nur KPD und Rote Hilfe kämpften für meine Befreiung! . Bartl entlarvt Lügenpresse und Verrat der Sozialfaschisten an ihm und allen proletarischen politischen Gefangenen

Gestern verlas der Genosse Herrmann im Sächsischen Landtag folgende Erklärung des zum Tode verurteilten Antifaschisten Bartl:

„Durch die Vertreter der Roten Hilfe bin ich über die gewaltige Massenprotestbewegung der Arbeiterschaft gegen das über mich gefällte Todesurteil unterrichtet worden. Ich begrüße diese Protestbewegung unter der Führung der Roten Hilfe und weiß auch, daß nur durch den Kampf der Arbeiter mein Leben gerettet werden kann.

Ich fühle mich deshalb verpflichtet, allen Arbeitern, die in Protestversammlungen, durch Delegationen, Protestbriefe und Demonstrationen die Aufhebung des Todesurteils und meine Freilassung fordern, meinen proletarischen Dank auszusprechen.

Ich erkläre folgendes:

Wie ich bekannt geworden, daß die [illegible] das Todesurteil gegen mich zu einer [illegible] gegen die